bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 01 | 06. Januar 2006

Rechte Szene 2

Hauen und Stechen
Der Abgang von drei Landtagsabgeordneten in Sachsen bescherte der NPD ein mittleres Erdbeben. Über sächsische Kreisverbände wurde der „organisatorische Notstand“ verhängt.

Brauner Spuk im Parkhotel
Neonazis feiern Sonnenwende und Silvester. Die Auseinandersetzungen innerhalb der niedersächsischen Szene verstärken sich sichtbar.

Faszination der Gewalt
Neonazis fühlen sich zunehmend von brutalem Kampfsport wie Freefighting angezogen. Betreiber von Szene-Läden machen sich den Trend zu Nutze und unterstützen die Events tatkräftig.

„Reichsbürger“ verurteilt
Freiheitsstrafe für Rigolf Hennig – gegen Prozessbeteiligte wird möglicherweise ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Hintergrund 7

Chamäleon-Taktik
Rechtsextremisten tarnen sich heute vielfach durch ein modisches Outfit mit bunten Farben – auch vor der „Umdeutung“ politisch links besetzter Symbole wird nicht zurückgeschreckt.

Antisemitismus 8

Chronik des Hasses
Der „blick nach rechts“ dokumentiert Schändungen jüdischer Friedhöfe, Mahnmale und Einrichtungen im Jahr 2006.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Bedrückende Erinnerung
2006 jähren sich Daten wie der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion, der Beginn der „Endlösung der Judenfrage“, die Hauptverhandlung gegen die NS-Mediziner.

Die Mörder von Anne Frank
Der erste große NS-Prozess, der in Lüneburg wegen des Konzentrationslager Bergen-Belsen geführt wurde, war bereits Ende 1945 abgeschlossen. Elf der Angeklagten wurden zum Tod durch den Strang verurteilt und wenige Wochen später hingerichtet.

Meldungen 12

Rechte Szene

Hauen und Stechen

Der Abgang von drei Landtagsabgeordneten in Sachsen bescherte der NPD ein mittleres Erdbeben. Über sächsische Kreisverbände wurde der „organisatorische Notstand" verhängt.

Gerade hatte am Tag vor Heiligabend der dritte Abgeordnete binnen einer Woche die sächsische Landtagsfraktion verlassen, da erklärte NPD-Chef Udo Voigt, „dass mir die Worte fehlen". Ganz so ernst durfte man Voigts Eingeständnis aber nicht nehmen. Denn es folgte eine wortreiche „Persönliche Erklärung des Parteivorsitzenden". Ja, räumte er ein, man habe den Austritt von Jürgen Schön – nach Mirko Schmidt und Klaus Baier der dritte „Abtrünnige" – schon erwartet. Eine Verschwörungstheorie schloss sich an: Von einem „schon lange erwarteten Angriff auf die NPD" ist da die Rede, von „operativen Maßnahmen bestimmter Dienste". Er sei „der Überzeugung, dass bei dieser Aktion Geld eine Rolle spielt". Den Ex-Kameraden unterstellt er, einen „Judaslohn" kassiert zu haben. Versäumnisse der Parteiführung? Fehlanzeige. Die Geschichte der NPD unter seiner Führung bleibt für Voigt eine Erfolgsgeschichte: erfolgreich im Verbotsverfahren und „auf Augenhöhe mit der SPD" im Dresdner Landtag. Und weil das so ist, muss es eine Verfassungsschutzaktion gewesen sein, die der NPD gerade ein mittleres Erdbeben beschert. Bloß keine Diskussion über mögliche interne Ursachen der Austritte aufkommen zu lassen, ist für Voigt das Gebot der Stunde: Man werde „in diesen Stunden des Angriffes auf die NPD geschlossener zusammenstehen als je zuvor", schreibt der Hauptmann a.D..

Wer doch in den Verdacht der Unbotmäßigkeit gerät, wird abgesetzt. Über vier sächsische Kreisverbände – in Löbau-Zittau, Görlitz, Annaberg-Buchholz und Meißen – hat die Partei den „organisatorischen Notstand" verhängt: Ihre Vorstände sind suspendiert. Auf der anderen Seite werden Ergebenheitsadressen eingesammelt. Acht der zwei Dutzend Kreisverbände haben sich bislang dergestalt öffentlich geäußert. Das klingt zuweilen wie das Ergebnis einer stalinistischen Säuberung, wenn der Kreisverband Aue-Schwarzenberg beispielsweise gegen die drei Ausgetretenen wettert: „Des Weiteren distanzieren wir uns vom Verhalten derer, deren Namen wir nicht mehr kennen und verurteilen deren Verhalten aufs Schärfste."

Rund 110 weitere Mitglieder hätten die Partei nach den Austritten der drei Parlamentarier ebenfalls verlassen, sagt Jürgen Schön. Das wären etwas mehr als zehn Prozent der Mitgliedschaft. Nachprüfen lässt sich das nicht. Und die Landes-NPD verweist darauf, dass ihr noch keine neuen Zahlen der Kreisverbände vorliegen würden. Wohl auch in dieser Hinsicht wird die Sachsen-NPD bei ihrem Sonderparteitag am 29. Januar Bilanz ziehen. Von ihm werde „ein Aufbruchssignal für die politischen Kämpfe des Jahres 2006 ausgehen", tönt die Partei vollmundig, während es doch tatsächlich eher darum gehen dürfte, Wunden zu lecken. Und außerdem muss der Vorstand wieder komplettiert werden, dem alle drei Ausgetretenen angehört hatten: Baier als Beisitzer, Schön als Schatzmeister und Schmidt als Landesvize. Als Nachfolger von Schmidt ist der Sebnitzer Abgeordnete Johannes Müller vorgeschlagen.

Tagen werden die Delegierten hinter verschlossenen Türen. Denn es dürfte auch viel schmutzige Wäsche gewaschen werden. Zum Beispiel, wenn es um die Finanzen geht. 500 Euro, so hatte die Fraktion beschlossen, sollte jeder Abgeordnete monatlich als „freiwillige Mandatsträgerumlage" zur Finanzierung des Landtagswahlkampfes 2009 an die Partei abführen. Deutlich mehr als 80 000 Euro müssten bislang auf dem Sonderkonto angesammelt sein. Sind es aber offenbar nicht. „Fragt mal bei der Fraktion im Landtag an, wie viel von dem Geld bisher angespart wurde!", fordert Baier seine Kameraden auf. Interessieren könnte die Parteibasis auch, warum ihre Führung nicht rechtzeitig gegengesteuert hat, obwohl sie wusste, dass seit mehr als einem halben Jahr Austrittsüberlegungen von Abgeordneten kursierten.

Im Nachhinein wird Schmidt nun ein langes Sündenregister vorgehalten: Er habe seine Ämter vernachlässigt, bei Sitzungen gefehlt, sich über Monate krankschreiben lassen, sei gleichzeitig aber bei „diversen Freizeitaktivitäten" gesehen worden. Oder der zweite Ausgetretene: „Fachlich ist der Austritt des Abgeordneten Baier kein Verlust für die NPD-Fraktion, da er sich ebenso wenig wie Herr Schmidt in die politische Arbeit

eingebracht hat“, heißt es jetzt über ihn. Kaum anders der Ton beim dritten Fraktions-Aussteiger. NPD-Sprecher Holger Szymanski über Schön: „Von fachlicher Seite her ist es kein Verlust. Schön gehörte nicht zu den Leistungsträgern der Fraktion.“ Sein Austritt überraschte den einen oder anderen, weil er noch wenige Tage zuvor eine Erklärung mitgetragen hatte, in der Schmidts Abgang verurteilt wurde. Im Ergebnis muss die NPD-Fraktion nun nicht nur auf 85 680 Euro im Jahr verzichten – sie ist in den Landtagsausschüssen künftig nicht mehr mit zwei, sondern nur noch mit einem Mitglied vertreten.

Die Neonazi-Szene außerhalb der Partei ist sich unsicher, wie die Dresdner Vorgänge zu bewerten sind. Verständnis für die Austrittsbegründungen auf der einen Seite gibt es – aber auch den Verratsvorwurf. Mit Kritik an den Ausgetretenen wird nicht gespart, jedoch kommt auch die Partei nicht ungeschoren davon. „Was fehlt, das ist erstens eine analysierende Selbstkritik, wie es zu einer solchen Situation überhaupt hatte kommen können, und zweitens eine sachliche und ausführliche Widerlegung der Äußerungen Schmidts – Punkt für Punkt“, hieß es beispielsweise auf der neonazistischen Internetseite „Freies Sachsen“.

Abgehoben wird bei den Diskussionen auch auf die Unterschiede zwischen den drei (Ex-) Kameraden. Das beginnt schon bei den Umständen ihres Rückzugs. Monatelang unterhielt beispielsweise Mirko Schmidt Kontakte zum sächsischen Verfassungsschutz – offenbar vermittelt vom damaligen Landesinnenminister Thomas de Maizière, an den er sich Mitte 2005 gewandt hatte. Sogar in das Aussteigerprogramm der Verfassungsschützer wurde er aufgenommen. Allein dadurch ist er auch für die rechtsextreme Szene jenseits der NPD untragbar, seine Kritik an der Partei wertlos geworden. Gleiches gilt – wenn auch aus ganz anderen Gründen – für Jürgen Schön. Der hatte seinen Abgang unter anderem damit begründet, seine vormaligen Fraktionskollegen Holger Apfel und Jürgen Gansel seien Vertreter eines „Hitlerismus“. „So eine Partei müsste verboten werden“, zitierte ihn die „Leipziger Volkszeitung“. Einen Wunsch für seine persönliche politische Zukunft äußerte er auch: „Ich würde gern in die CDU eintreten.“

Gemeinsam ist den drei „Abtrünnigen“ ihre Kritik an der Westdominanz in der Fraktion. Statt sich um die sozialen Themen zu kümmern, wegen der sie ja gewählt worden sei, habe die NPD im Landtag ständig versucht, ihre „nationalsozialistische Schiene durchzuziehen“, hatte Schmidt erklärt. Verantwortlich für diese Linie macht er namentlich Voigt, Apfel und Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx. „Sie fordern, dass sich die NPD klar zum Nationalsozialismus bekennt. Gleichzeitig halten sie alle Fäden in der Hand und bestimmen allein, was in der Fraktion und im Landesverband vor sich geht.“ Eine Meinung, die Baier teilt. Der Einfluss „zugereister NPD-Funktionäre“ auf die Partei in Sachsen sei zu groß geworden, meint er und hält ansonsten an seinen alten Auffassungen fest. „Ich bin kein Überläufer. Ich habe lediglich der NPD beziehungsweise dem, was andere aus ihr gemacht haben, den Rücken gekehrt“, zitiert ihn die „taz“. Und bei einer Pressekonferenz im heimischen Annaberg sagte er, umringt von jungen Kameraden, die Bomberjacken mit der Aufschrift „Hatecore Erzgebirge“ trugen: „Austreten ist nicht aussteigen. Ich stehe zu dem, was ich gemacht habe, und ich verfolge auch meine Meinung und meine Ziele weiter.“

Allen drei ist auch gemeinsam, dass es sich nicht um unerfahrene Mitglieder handelt, die nur kurz einmal in die NPD hineingeschnuppert haben, um dann enttäuscht festzustellen, dass die Partei nicht die richtige für sie ist. Allesamt haben sie über die Jahre in der NPD Parteikarriere gemacht. Schmidt trat 1997 bei und schaffte es immerhin bis zum Stadtrat, Kreisrat, NPD-Kreisvorsitzenden, Landesvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD und – noch im vorigen Jahr – zum stellvertretenden NPD-Landeschef. Baier wurde 1998 Mitglied, war seit Mai 1999 Vorsitzender des Kreisverbands Annaberg-Buchholz. Seit Oktober 1999 gehörte er auch dem Landesvorstand an. Schön schließlich fungierte bis zuletzt als Schatzmeister der Sachsen-NPD. 1990 war er Gründungsmitglied und wurde ihr erster Landesvorsitzender. Von 1996 bis 2004 amtierte er als stellvertretender Bundesvorsitzender unter Voigt – just in der Zeit also, in der sich die NPD radikalisierte und noch weiter für Neonazikader öffnete. Glaubwürdiger werden die Austrittsbegründungen durch solche Parteibiographien jedenfalls nicht.

Tomas Sager

Brauner Spuk im Parkhotel

Neonazis feiern Sonnenwende und Silvester. Die Auseinandersetzungen innerhalb der niedersächsischen Szene verstärken sich sichtbar.

Rund 80 Neonazis feierten hoch über dem niedersächsischen Kurort Bad Essen, im Parkhotel, ihre traditionelle Wintersonnenwende. Der neue Pächter, NPD-Funktionär Gustav Eggerking, hatte Parteikameraden aus dem Großraum Osnabrück, Münster, Minden, Steinfurt und Vechta geladen, unter den Gästen waren auch junge Anhänger aus dem Umfeld der „Autonomen Nationalisten". Der Hamburger Rechtsextremist Reinhold Oberlercher referierte zum Thema „Wenn Systeme zerbrechen – Klassenkampf, Rassenkampf und Volkssieg?"

Polizeibeamte aus Georgsmarienhütte kontrollierten bereits am Ortseingang die ankommenden Fahrzeuge. Das Parkhotel liegt abgelegen, eine gewundene, nur spärlich beleuchtete Auffahrt führt durch den Kurpark hoch zum Veranstaltungsort auf dem Essener Berg. Vor dem Hotel hatte die NPD Flaggen hissen lassen. Die große Hotelanlage war hell erleuchtet. Für den Sicherheitsdienst der Rechtsextremisten sorgten Anhänger der Jungen Nationaldemokraten in Tarnklamotten, sie schirmten auch ankommende Gäste aus Werningerode und Hoyerswerda ab. „Was drinnen abgeht, können wir nicht beurteilen", sagte ein Polizeibeamter, „wir müssen uns auf die Außenwirkung beschränken". In einem Flugblatt, das im Ort verteilt wurde, höhnt die NPD bereits: „Auf gute Nachbarschaft! NPD-Unterbezirk Osnabrück findet neues Zuhause in der Gemeinde Bad Essen". Mit einem zuvor geplatzten Neonazi-Konzert im Parkhotel wollen die Nationaldemokraten allerdings nichts zu tun haben, wie es heißt. Eggerking dagegen schlägt härtere Töne an, eines seiner Flugblätter endet mit der szenetypischen Grußformel „Heil Dir mein Deutschland" und „wenn wir fallen, dann fällt Deutschland."

Zumindest das traditionelle Sonnenwendfeuer konnten Eggerking und der NPD-Unterbezirksvorsitzende Kurt Muschiol nicht durchsetzen, es wurde von der Kommune mit Bezug auf die Gemeindesatzung verboten. NPD und Junge Nationaldemokraten organisierten daraufhin einen Fackelmarsch vor dem Hotel. „Dabei sangen sie, alles erlaubte Lieder", wie die Einsatzleiterin der Polizei Bramsche berichtet. Ihren Angaben zufolge soll Gustav Eggerking bereits „60 weitere gebuchte" Veranstaltungen für das Jahr 2006 angekündigt haben.

Parallel zur Neonazi-Feier in Bad Essen besuchten führende niedersächsische NPD-Anhänger die Jahresabschlussfeier des nationalpatriotischen Bündnisses unter der Leitung von Hans-Gerd Wiechmann in Reppenstedt bei Lüneburg. Dort begrüßten sie „hocherfreut" nicht nur den stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD, Adolf Dammann, „nebst Gattin", sondern auch Gäste aus Dresden. NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Rohleder und Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx waren angereist, wohl auch um dem niedersächsischen NPD-Landesverband im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen die Leviten zu lesen. Uneinigkeit und Streitereien prägen das rechtsextreme Lager in Norddeutschland. So blieb die Zahl der Gäste weit unter den erwarteten und auch der führende Lüneburger Funktionär Manfred Börm, NPD-Bundesvorstandsmitglied, war nicht erschienen.

Auftrittsverbot für Frank Rennicke

Die Auseinandersetzungen innerhalb der niedersächsischen Neonazi-Szene, ausgelöst durch das von der Landes-NPD verfügte Auftrittsverbot von Dieter Riefling, zusätzlich angeheizt durch die kritische Linie der Bremer NPD, verstärken sich zur Zeit sichtbar. So war es auch kaum verwunderlich, dass Pächter Eggerking für seine „nationale Silvesterfeier" im Parkhotel in Bad Essen mit dem vorbestraften NPD-Barden Frank Rennicke nur etwa 50 Anhänger, überwiegend aus dem regionalen Spektrum, Minden, Herford und Stade, begeistern konnte. Über 100 aufgebrachte Bürger und junge Antifaschisten demonstrierten friedlich gegen den braunen Spuk. Doppelt enttäuschend für den rührigen Unternehmensberater, denn aufgrund der Gefahrenlage konnte die Kommune auch noch ein Auftrittsverbot für Frank Rennicke durchsetzen. Dabei hatte Gustav Eggerking prominenten juristischen Beistand: die Rechtsanwälte Gisa Pahl und Jürgen Rieger.

Andrea Röpke

Faszination der Gewalt

Neonazis fühlen sich zunehmend von brutalem Kampfsport wie Freefighting angezogen. Betreiber von Szene-Läden machen sich den Trend zu Nutze und unterstützen die Events tatkräftig.

War es viele Jahre Wehrsport, der fest in der rechtsextremen Szene verankert war, ist seit geraumer Zeit nunmehr ein wachsender Trend zu Kampfsportaktivitäten erkennbar. In Neumünster existiert seit einigen Jahren der „Athletik-Klub Ultra“, der von führenden regionalen Neonazi-Kadern aus der Taufe gehoben wurde, die auch als Drahtzieher des „Clubs 88“ anzusehen sind. Dort trainierten Aktivisten aus dem NPD-Ordnerdienst, so auch Peter von der Born (Kiel). Kurz vor Weihnachten 2005 wurde bekannt, dass Kräfte aus dem „Aktionsbüro Rhein-Neckar“ sich in Mannheim offenbar regelmäßig über einen Karate-Klub zum Training in einer Schule getroffen haben. Einzelfälle? Mitnichten. Heike Langguth betreibt Thai-Boxen im SSV Saalfeld. In dem Thüringer Verein wurden beim Training zudem Kämpfer gesichtet, die Shirts mit dem Aufdruck „Nationaler Widerstand“ getragen haben. Langguth ist die Lebensgefährtin des vorbestraften Neonazis Ronald Möbus. Beide sind verstrickt in die Black-Metal-Rechtsrock-Szene und stecken hinter dem germanisch-esoterischen Versandhandel „Drachenwurzel“. Langguth war es zum Beispiel, die ein Konzert mit einschlägig rechtsorientierten Bands in Bergisdorf bei Zeitz organisierte.

Alarm geschlagen hatten im vergangenen Monat in Gera Szenekenner, die über eine Ankündigung für eine Freefighting-Veranstaltung gestolpert waren. Der örtliche „East Fight e.V.“ machte Werbung für ein Kämpfer-Meeting. Es ist bekannt, dass sich in dem Klub einige Neonazis tummeln. Mit diesen sympathisiert offenbar auch Lars Weber, einer der Vorzeigekämpfer des Vereins. Offenbar ist in Gera ein Nährboden für solche Freizeitbeschäftigung mit rechtslastiger Anbindung. Der Offene Kanal in Gera hat im November 2005 einen Beitrag, der den Neonazi Roberto Graf beim Kickboxen zeigt, unterlegt mit Rechtsrock-Musik, ausgestrahlt. Graf war bis zur Schließung im Juli 2003 Betreiber eines Ladens mit Textilien für die rechtsextreme Szene. Während seiner Haftzeit Anfang der 90er Jahre wurde er in dem von der US-amerikanischen NSDAP/AO herausgegebenen Blatt „The New Order“ als politischer Gefangener geführt. Er kann auf gute Kontakte zur NPD zurückgreifen.

Aber nicht nur Gera hat seine schillernden Kämpfernaturen. Auch dem „Kampfsportclub Arnstadt“ unter der Regie von André Karstedt wird nachgesagt, von jungen Neonazis bevölkert zu werden. Der Verein gehört offiziell zum Thüringer Ju-Jitsu-Verband. Ein Mekka für Neonazi-Kampfsportler ist auch Sachsen. Da gibt es etwa den „Fight-Club Karl-Marx-Stadt“ in Chemnitz. Bei ihm sind Rico Malt und Rene Wilulinski aktiv, die mit Gesinnungsgenossen bei Demonstrationen wie gegen den „alliierten Bombenterror“ in Dresden den Schulterschluss suchen. Malt organisierte im Jahr 2004 in seiner Heimatstadt ein Rechtsrock-Konzert mit der Band „Blitzkrieg“. In Wurzen hat sich „Fighting Fellas 28“ gegründet – die Endzahl deutet auf die „Blood&Honour“-Sympathie. Ein seit fünf Jahren auch international auftretender Free-Fighter ist der Neumünsteraner Tim Bartling. Er ist einer der Begründer des „Athletik Klubs Ultra.“

Zu beobachten ist hier auch, dass zu den Kampfsport-Veranstaltungen verstärkt eine Publikumsmischung aus Hooligans, Türstehern, Neonazis sowie Personen aus dem zum Teil kriminellen Rocker- und Rotlichtmilieu strömt. In Chemnitz wurde dabei „Hoo-Na-Ra“ skandiert – Hooligans – Nazis – Rassisten. Dieses Ambiente wollen sich Betreiber von Tätowier-Studios oder von Läden mit Neonazi-Bekleidung zu Nutze machen. Sie treten als Sponsoren auf, bieten Verkaufsstände an oder wickeln den Vorverkauf zu den sportlichen Events ab. Gönner des „Fight-Clubs Berlin“ ist der Tattoo-Shop „Utgard“, mit dem Frank Lutz, einst Führungskader der „Nationalen Alternative“ im Osten der Stadt, sein Geld verdient. In Chemnitz ist der Klamotten des rechten Lifestyles (wie etwa Thor-Steinar-Produkte) verkaufende Laden namens „Backstreetnoise“ Gönner des örtlichen Fight-Clubs.

In Gera tat sich diesbezüglich „The Last Resort Shop“ aus Zwickau hervor. Dahinter verbirgt sich Ralf Marschner, der wegen massenhafter Verbreitung einer „Landser“-CD bereits gerichtsbekannt ist. Bei ihm wurde mit Vorverkauf geworben. Der mehrmals mit Polizeirazzien bedachte Laden „Youngland“, benannt nach der britischen Neo-

nazi-Band (Gera), das Geschäft „Objekt 90“ (Ronneburg) und die „Alpha DSD Security“ tauchten auf dem Veranstaltungsplakat ebenfalls als Unterstützer auf – alle haben Kontakte in die rechtsextreme Szene. Als das Thema im Thüringer Landtag und im Stadtparlament von Gera Einzug fand, zog sich „East Fight“ zurück. Fortan tauchte als federführender Organisator das Sound & Light Veranstaltungstechnik Event Management aus Altenburg auf. Dem „Mitteldeutschen Rundfunk“ wurde eine Drehgenehmigung untersagt. Ein privates TV-Team sollte 300 Euro „Eintritt“ zahlen und winkte dankend ab. Beide hätten übrigens unter den Besuchern Sympathisanten der Gruppen „Landser“ und „Hauptkampflinie“ filmen können, so deren textile Bekundungen. Der 32-jährige Lokalmatador Lars Weber stellte sich dabei dem brutalen Zweikampf und zog gegen meist tschechische Konkurrenz schmerzhaft den Kürzeren.

Horst Freires

„Reichsbürger“ verurteilt

Freiheitsstrafe für Rigolf Hennig – gegen Prozessbeteiligte wird möglicherweise ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Bei der Urteilsverkündung am 22. Dezember verzog Rigolf Hennig keine Miene. Bis zuletzt hatte der bereits wegen Volksverhetzung verurteilte Verdener Arzt gehofft, den Vorsitzenden Richter der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg mit seinen endlosen Tiraden von der Fortexistenz des „Deutschen Reiches“ überzeugen zu können. In seiner Zeitschrift „Der Reichsbote“ hatte er die Bundesrepublik unter anderem als „Missgeburt“ bezeichnet und deren Abschaffung gefordert. Neun Monate Haft lautete das Urteil. Wegen schwerer Verunglimpfung des Staates verhängte das Gericht eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung, weil Hennig angekündigt hatte, auch weiterhin verfassungs- feindliche Schriften zu verbreiten, konnte von guter Sozialprognose nicht die Rede sein.

Ebenso wie zuvor im vergangenen Mai in Verden nutzten die Neonazi-Kreise um Horst Mahler, Ursula Haverbeck und Rigolf Hennig den Gerichtssaal zur Inszenierung stundenlanger revisionistischer Propagandareden. Vom ersten Prozesstag Anfang Dezember an versammelten sich rund 50 alte und junge Rechtsextremisten, um Hennig lautstark zu unterstützen. Unter ihnen NPD-Mitglieder wie Karl-Heinrich Goebel aus Hamburg, Sven Wellhausen aus Verden und der umtriebige Lüneburger Bündnis-Patriot Hans-Gerd Wiechmann. Im Publikumsbereich des Gerichtssaals herrschte reges Treiben, es wurden Flugblätter und Artikel ausgetauscht und Ursula Haverbeck nahm lächelnd Visitenkarten von Interessierten entgegen. Wie schon beim Prozess in Verden konnten die versammelten Rechtsextremisten sich immer wieder lautstark einschalten und den Staatsanwalt ungehindert beleidigen. Eine weitere Parallele zeichnete sich noch in Lüneburg ab: obwohl gegen ihn im April 2004 vom Amtsgericht Berlin-Tiergarten ein vorläufiges Berufsverbot verhängt worden war, flüsterte Horst Mahler der Münchner Verteidigerin von Hennig, Silvia Stolz, während sämtlicher Prozesstage Order zu. Genau wegen dieser Vorwürfe kam es vor wenigen Monaten im Mannheimer Prozess gegen einen weiteren ihrer Mandanten, den Holocaust-Leugner Ernst Zündel, zur Ablehnung ihrer Bestellung als Verteidigerin. Kalkül der Holocaust-Leugner im Gerichtssaal könnte es sein, durch permanente Wiederholung der strafwürdigen Veröffentlichungen von Rigolf Hennig und Co. deren straffreie Behauptung durchzusetzen. Um dieses im juristisch geschützten Rahmen einer Gerichtsverhandlung durchzusetzen, forderte Stolz auch in Lüneburg den Ausschluss der Öffentlichkeit. Der wurde ihr allerdings verwehrt. Hennig sprach dann dennoch erneut vom Holocaust als „offenkundige Fälschung“ und rief die Kammer auf, dem Staat die „Gefolgschaft zu verweigern“. Auch Stolz soll nach Augenzeugenberichten den Nationalsozialismus als „sinnvolles Konzept“ bezeichnet haben. Ihr Plädoyer beendete sie mit einem Zitat von Rudolf Heß.

Nach der Verurteilung kam es vor dem Lüneburger Gericht zu einer Auseinandersetzung. als einer der Verdener Neonazis einem Fotografen sein Knie ins Gesicht stieß. Rigolf Hennig kündigte Revision an. Die Lüneburger Staatsanwaltschaft prüft zur Zeit, ob gegen Stolz und weitere Prozessbeteiligte möglicherweise ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet wird.

Andrea Röpke

Hintergrund

Chamäleon-Taktik

Rechtsextremisten tarnen sich heute vielfach durch ein modisches Outfit mit bunten Farben – auch vor der „Umdeutung" politisch links besetzter Symbole wird nicht zurückgeschreckt.

Schwarze Sonne, Triskele, 14 Words, 28 Supporters – Geheimcodes und Symbole finden in der rechtsextremen Alltagskultur nahezu unbegrenzte Verwendung. Man findet sie auf Aufnähern, Fahnen, CD-Hüllen, Tätowierungen oder Bekleidungsartikeln. Als Zeichen für Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft vereinen sie die verschiedenen Elemente der Szene von den Parteien bis hin zu lose organisierten Neonazis und militanten Skinheads. Die vollständige Bedeutung ist oftmals nur Eingeweihten bekannt, von denen die Zeichen als Transportvehikel für offene oder verdeckte ideologische Botschaften genutzt werden. Abkürzungen und codierte Erkennungsmerkmale dienen darüber hinaus häufig als Verschlüsselung strafrechtlich relevanter Begriffe, wie im Fall der populären Zahlenkombination „88". Die Ziffern stehen für den 8. Buchstaben des Alphabets und damit synonym für die verbotene Grußformel „Heil Hitler". Ein juristisches Vorgehen gegen solche Codes ist aufgrund des Interpretationsspielraums und der nahezu unendlichen Kombinationsmöglichkeiten (z.B. 2x44 oder 87+1) kaum möglich.

Rund 120 bekannte rechtsextreme Symbole werden von Verfassungsschützern in ihren Publikationen gelistet. Neben Abzeichen, Logos oder Schriftzügen mit eindeutig nationalsozialistischem Bezug befinden sich darunter mittlerweile viele Zeichen und Bilder, die auch in anderen Jugendkulturen (Neuheidentum, Gothic, Neo Folk, Black Metal) auftauchen, ohne zwangsläufig Ausdruck einer rechtsextremen Gesinnung zu sein. Bereits seit längerer Zeit finden in der extremen Rechten verstärkt Elemente mit Bezügen zur keltisch-nordisch-germanischen Mythologie und Sagenwelt Verwendung. Selbst vor der „Umdeutung" politisch eigentlich links besetzter Symboliken, wie dem Konterfei Che Guevaras, wird mitunter nicht mehr zurückgeschreckt. Martialische Motive in Verbindung mit der selektiven Wahrnehmung historischer Zusammenhänge reichen den Trägern zur Einpassung der Versatzstücke in das eigene national-patriotische Weltbild aus.

Hinter der Chamäleon-Taktik steckt System. Das Verwischen traditioneller Identifikationsmuster ermöglicht den Rechten, sich unauffälliger innerhalb der Gesellschaft zu bewegen ohne dabei auf den Transport neonazistischer Programmatiken verzichten zu müssen. Ein attraktiver Lifestyle, so haben die Vordenker der Bewegung begriffen, ist der Schlüssel zur Etablierung rechter Ideen in den Köpfen der Menschen. Neben Musik stellt vor allem Kleidung einen Erfolg versprechenden, legalen Zugang zu potenziellen jugendlichen Sympathisanten dar. Auch der Druck staatlicher Repression spielt eine wichtige Rolle. Immer häufiger werden Springerstiefel gegen Turnschuhe getauscht, das karge Neonazi-Design durch ein modisches Outfit mit bunten Farben und Aufdrucken ersetzt. Zur Bedienung der neuen Bedürfnisse ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe neuer Hersteller und Versandfirmen entstanden, die am rechten Rand auf Kundenfang gehen. Verfängliche Symboliken werden modifiziert oder verfremdet. Der langwierige Rechtsstreit um den „Runenzauber" der Trendmarke Thor Steinar hat gezeigt, wie schwer einem solchen „Versteckspiel" mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaates beizukommen ist.

Viele staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen haben in den letzten Jahren versucht, der Entwicklung Rechnung zu tragen und Aufklärungsarbeit zu leisten. So organisierte die Thomas-Morus-Akademie Anfang Dezember 2005 in Zusammenarbeit mit dem Verein DeZentrale e.V. und der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) eine Studienkonferenz mit dem Titel „Neue Formen des Rechtsextremismus", deren Angebot sich vor allem an Schüler, Studenten, Lehrer und Sozialarbeiter richtete. In Vorträgen und Workshops wurden Funktionsweisen, Dynamik und Stilmittel der „Erlebniswelt Rechtsextremismus" in ihren unterschiedlichen Facetten durchleuchtet und schließlich versucht, im Alltag umsetzbare Gegenstrategien zu entwickeln. Ziel war die Sensibilisierung für die Strategie der extremen Rechten, ihre Denkweisen in die Mitte der Gesellschaft zu verpflanzen und sich damit aus ihrem Nischendasein zu lösen.

Michael Funk

Antisemitismus

Chronik des Hasses

Der „blick nach rechts" dokumentiert Schändungen jüdischer Friedhöfe, Mahnmale und Einrichtungen im Jahr 2006.

Januar: Eine Polizeistreife stellt am 8. Januar fest, dass die jüdische Gedenkstätte in Dortmund-Wickede mit SS-Runen, Hakenkreuzen und volksverhetzenden Parolen beschmiert wurde. In der Nacht zum 10. werden im jüdischen Teil des Friedhofs in Kehl 13 der 17 Gräber mit Hakenkreuzen und der Aufschrift „Hitler lebt" verunstaltet. Am 11. teilt die Polizei mit, dass die jüdische Gedenkstätte in Detmold erheblich beschädigt wurde. Das jüdische Mahnmal in Berlin-Tiergarten wird in der Nacht zum 24. mit einem Hakenkreuz beschmiert. Die Polizei entdeckt ein Hakenkreuz in der Gedenktafel für eine ehemalige Synagoge in Berlin-Hohenschönhausen (27.). Unbekannte schänden in Falkensee den Obelisken, der an die Opfer des Außenlagers des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen erinnert, mit Hakenkreuzen und kleben DIN-A4-Blätter mit antisemitischen Parolen auf einen Gedenkstein. In Stralsund wird eine Gedenkstele für jüdische Naziopfer mit Farbe beschmiert. Die 1988 an einem anderen Ort errichtete Stele war bereits 1992 mit NS-Parolen und -Symbolen geschändet worden.

Februar: Vermutlich in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar werfen mehrere Täter ein jüdisches Denkmal in Mellrichstadt (Landkreis Rhön-Grabfeld) um.

März: Ein jüdisches Mahnmal in Berlin-Tiergarten wird mit zwei aufgesprühten Hakenkreuzen und mehreren antijüdischen Parolen geschändet (18./19.).

April: Am 14. April wird die Schändung des jüdischen Friedhofs im südhessischen Babenhausen entdeckt. 13 Grabsteine wurden umgestoßen und aus ihrer Verankerung gerissen. Die Polizei in Eschwege gibt bekannt, dass der jüdische Friedhof in Sontra beschädigt wurde (18.).

Mai: Zum Monatsbeginn wird eine Gedenktafel zur Erinnerung der Juden, die im thüringischen Nordhausen Opfer des Holocaust wurden, mit schwarzer Farbe beschmiert. Am 7. Mai wird entdeckt, dass die Gedenkstele in Stralsund erneut besudelt wurde. Das Buchcaffee „Oase" in Stralsund wird in der Nacht vom 11./12. mit einem durchgestrichenen Davidstern versehen. Vor der Eingangstür liegt ein mit einem Stein beschwerter Zettel, in dem es heißt: „Es empfiehlt sich immer die Anschrift einer guten Glaserei anbei zu haben, wenn man mit Ignatz und Co. sein Wesen reibt". Unbekannte beschmieren am 31. Mai – kurz vor Ankunft des israelischen Präsidenten Katzav – vier Stelen des Holocaust-Mahnmals in Berlin mit Hakenkreuzen.

Juli: Anfang Juli werden auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee zwei Gräber geschändet, vier Grabsäulen, ein Grabstein sowie drei Grabtafeln umgeworfen. Auf dem jüdischen Friedhof im südhessischen Alsbach-Hähnlein schmieren unbekannte Täter ein Hakenkreuz an die Friedhofsmauer und sprühen mit orangefarbenem Lack „Auschwitz". Drei Gedenktafeln am Eingang werden mit schwarzer Farbe verunstaltet (16.). Der Friedhof war schon ein Jahr zuvor geschändet worden. In der Nacht zum 20. Juli wird in Berlin-Tiergarten auf ein Jüdisches Mahnmal Graffiti gesprüht. Das Mahnmal wurde bereits mehrfach beschmiert.

August: In der Nacht vom 1./2. August werden in Pasewalk drei „Stolpersteine" zur Erinnerung an ehemalige jüdische Bürger mit Hakenkreuzen verunstaltet und gewaltsam beschädigt. Unbekannte schänden am 2. August ein Mahnmal für jüdische Opfer im Johanniskloster in Stralsund. Zwischen dem 5. und 8. wird ein Garagentor in der Nähe des jüdischen Friedhofs in Prenzlau mit einem Hakenkreuz beschmiert. Am 6. werden im Stadtpark in Prenzlau Hakenkreuze auf Hinweistafeln zum ehemaligen jüdischen Friedhof gefunden. In der Nacht zum 14. werden auf dem städtischen Friedhof im thüringischen Blankenhain 15 Gräber, in denen jüdische Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald begraben sind, erneut geschändet. Sämtliche Grabsteine werden aus ihren Beton-Fundamenten gerissen und umgeworfen. Im hessischen Ebersburg-Weyhes werden 14 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof mit Hakenkreuzen und NS-Runen in pinker Farbe besprüht und zum Teil umgeworfen (27.).

September: Mit Hakenkreuzen, SS-Runen und dem Schriftzug „Heil Hitler" wird am 5. September erneut der jüdische Friedhof in Alsbach-

Hähnlein geschändet. In den Nächten vom 10./11. sowie 22./23. schänden Unbekannte den jüdischen Friedhof in Höhr-Grenzhausen. Am 23. September teilt die Polizei mit, dass auf dem Berliner Dreifaltigkeitsfriedhof das Ehrengrab des jüdischen Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy und seiner Familie zerstört wurde. Drei Grabkreuze wurden aus dem Grabsockel gerissen, ein weiteres Kreuz aus der Verankerung gerissen.

Oktober: Die Gedenktafel des Jüdischen Mahnmals in der Berliner Levetzowstraße in Tiergarten wird Anfang Oktober erneut beschmiert. Unbekannte verunzieren in der Nacht zum 14. das Denkmal des Dramatikers Bertolt Brecht in Berlin-Mitte mit einem großen Davidstern. Mit weißen Davidsternen beschmiert werden auch die Grabmäler von Heinrich Mann, Brecht und Johannes Becher auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof sowie das Anne-Frank-Zentrum in der Karl-Liebknecht-Straße. Vermutlich in der Nacht zum 16. wird ein jüdisches Mahnmal in der Großen Hamburger Straße mit weißer Farbe besudelt. Am Roten Rathaus in Berlin werden vier Davidsterne entdeckt (17.). Die Polizei informiert, dass ein Davidstern an das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow gesprüht wurde (19.). Auf die Gedenktafel für den Schriftsteller Alfred Döblin in Charlottenburg wird mit weißer Farbe ein Davidstern geschmiert. Am 22. wird entdeckt, dass auf dem jüdischen Friedhof in Steinfurt auf mehreren Grabsteinen und einer Gedenktafel Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angebracht wurden. In Berlin werden weitere Davidsterne gesprüht: auf den Schaukasten des CDU-Kreisverbandes in Wedding (22.), die Zufahrt der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (23.), auch die dortige Tafel „Nationalsozialistische Unrechtsherrschaft“ wird beschmiert, auf den Zaun des Verteidigungsministeriums, die Statue von Karl Marx am Alexanderplatz, das Berliner Heinrich-Heine-Denkmal (25.). Weitere Davidsterne finden sich an einem Stromverteilerkasten in der Wilhelmstraße sowie am sowjetischen Ehrenmal an der Straße des 17. Juni (26.). In der Nacht zum 28. wird in Lübeck mit Bierflaschen eine Scheibe im Rundbogen der Synagoge zertrümmert. Am 29. Oktober findet die Berliner Polizei an der Pfarrkirche St. Matthias zwei aufgesprühte Davidsterne. Am 30. wird die erneute Schändung des Sowjetischen Ehrenmals in Treptow entdeckt.

November: Zwischen Ende Oktober bis 4. November werden im niedersächsischen Preußisch Oldendorf Wohnhäuser, Werbetafeln und Verkehrsschilder mit Hakenkreuzen und Aufschriften wie „Juden Schweine“ beschmiert. Ein Gebäude des Bezirksamtes Berlin Mitte wird Anfang November mit einem Davidstern besprüht, auf dem Fenstersims stand mit Kreide „NPD“ geschrieben. Auch eine Außenwand des Hamburger Bahnhof-Museums wurde mit einem Davidstern besprüht. In der Nacht zum 6. werden insgesamt 27 Davidsterne mit roter Farbe an verschiedenen Stellen in der Invalidenstraße, Friedrichstraße und Chausseestraße in Berlin aufgesprüht. Der Mahn- und Informationspunkt zur Zyklon-B-Produktion in Dessau wird auf einer Länge von 15 Metern mit schwarzer Farbe und der Parole „60 Jahre danach immer noch schuldig?? Nein!!!“ beschmiert (6.). Am Nachmittag des 9. wird entdeckt, dass der jüdische Friedhof in Brandenburg/Havel mit SS-Runen und Hakenkreuzen beschmiert wurde. In Hildesheim wird das Synagogen-Mahnmal geschändet. Vor dem Rathaus liegt eine mit roter Farbe verschmierte israelische Fahne (10.). Am 15. und 16. werden erneut die Grabstätten von Bertolt Brecht, Heinrich Mann und Johannes Becher in Berlin mit Davidsternen verunstaltet. Am 18. November wird entdeckt, dass das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin mit Davidsternen besudelt ist. Schmierereien finden sich unter anderem an einer Informationssäule und einer Informationstafel am Reichstagsufer sowie an einer Außenfassade des Reichstagsgebäudes. In der Nacht zum 19. werden 17 Davidsterne an Bauzäunen rund um die Museumsinsel in Berlin gesprüht. Das Sowjetische Ehrenmal wird mit mehreren Davidsternen verunstaltet (23.). In Heide in Schleswig-Holstein werden am Wochenende vom 20./21. vier Stolpersteine, die an jüdische NS-Opfer erinnern, mit Farbe beschmiert.

Dezember: Beim Zweitliga-Ostderby Dynamo Dresden gegen Energie Cottbus am 5.12. entrollen Fans von Energie Cottbus ein Transparent mit der Aufschrift „Juden“. Abgebildet war auch ein Judenstern, wie in das NS-Regime verwendete. In Halle werden in der Nacht zum 16. Stolpersteine die an ehemalige jüdische Bürger erinnern – zum wiederholten Male – verunreinigt und beschädigt.

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Bedrückende Erinnerung

2006 jähren sich Daten wie der Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion, der Beginn der „Endlösung der Judenfrage", die Hauptverhandlung gegen die NS-Mediziner.

Auch zum Jahresbeginn 2006 setzt der „blick nach rechts“ seine Tradition fort, an einige ausgewählte Ereignisse aus der jüngsten deutschen Geschichte zu erinnern. Sie können Anlass sein, sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen.

2006 gibt es zwar keine Ereignisse wie den 60. Jahrestag der Befreiung Europas von der NS-Herrschaft im Mai 1945 oder den Beginn des Nürnberger Prozesses gegen die Spitzen des „Dritten Reiches“ gleichfalls vor 60 Jahren. Dennoch fehlt es nicht an wichtigen Jahrestagen. Dazu gehört bereits in diesem Frühjahr der mörderische Volksgerichtshof, der am 18. April 1936 – also vor 70 Jahren – oberstes deutsches Strafgericht wurde, ein pures Instrument des Terrors. Dann der 24. April 1936 mit der „Einweihung“ der drei Ordensburgen Vogelsang in der Eifel, Krössinsee in Pommern und Sonthofen im Allgäu, wo die künftige „Elite“ der Nazis geschult wurde. Schließlich der 26. Juni desselben Jahres, als die „Legion Condor“ aufgestellt wurde. Diese Fliegereinheit sollte den späteren Diktator Franco im Kampf gegen die spanischen Republikaner unterstützen. Hitler ließ damit seinen obersten Luftwaffenchef Göring zum ersten Mal militärisch in den Bürgerkrieg eines anderen Staates eingreifen – ein wichtiger Schritt hin zum Krieg.

Bei Rückblicken auf die Parteipolitik der Nazis vor 65 Jahren ist bisher der 26. März 1941 meistens übersehen oder vergessen worden. Dabei war er für die NSDAP von herausragender Bedeutung. An jenem Tag wurde in Frankfurt am Main die „Hohe Schule“ der NSDAP feierlich eröffnet, eine Art von NS-Universität als oberste Stufe des gesamten Erziehungssystems.

Am 10. Mai 1941 ist Hitlers Stellvertreter in der NSDAP, Rudolf Heß, heimlich nach England geflogen – ein Ereignis, das vor 65 Jahren weltweit Aufsehen erregte.

Besonders wichtig für das Jahr 2006 ist der 22. Juni 1941. Das war der Tag, als Hitlers Armeen die Sowjetunion überfielen. Zugleich markiert dieser 22. Juni 1941 die Niederlage Nazideutschlands mit der bedingungslosen Kapitulation, dem Verlust der deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße und die Vertreibung von Millionen Landsleuten aus ihrer Heimat. Ebenfalls vor 65 Jahren, und zwar im Sommer 1941, befahl Reichsmarschall Hermann Göring dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, mit der Planung der „Endlösung der Judenfrage“ zu beginnen, also dem Völkermord an Millionen europäischer Juden. Wenige Monate später, am 1. November 1941, beginnen SS-Baueinheiten mit dem Bau des Vernichtungslagers Chelmo westlich von Warschau, in dem kurze Zeit darauf der Massenmord durch Motorabgase begann.

Ein Tag von weltpolitischer Dimension war der 7. Dezember 1941. Vor 65 Jahren überfielen japanische Flieger den wichtigen US-Kriegshafen Pearl Habour und erklärten einen Tag später der Weltmacht USA den Krieg. Japans wichtigste Verbündete, das Deutsche Reich und Italien, konnten da nicht nachstehen und zogen am 11. Dezember nach. Damit traten die Vereinigten Staaten in den Krieg ein.

An den ersten Nürnberger Prozess ist im zurückliegenden Jahr erinnert worden. In diesem Jahr kann der 1. Oktober 1946 – vor 60 Jahren – ins Blickfeld geraten. Damals begann der Gerichtshof mit der Verkündung der Urteile. Die Angeklagten wurden einzeln in den großen Sitzungssaal im Nürnberger Landgericht geführt und erfuhren ihre Strafe oder ihren Freispruch. Dennoch sollte auch 2006 Nürnberg nicht aus dem Blick geraten. Am 9. Dezember 1946 begann nämlich im selben Gebäude die Hauptverhandlung gegen schwer belastete NS-Mediziner. Sie wurden unter anderem beschuldigt, an Häftlingen grauenhafte Versuche begangen zu haben. Für etliche Angeklagte stand am Ende die Todesstrafe.

Schließlich lohnt ein Blick zurück ins Jahr 1961. Vor 45 Jahren, am 15. Dezember, wurde in Israel Adolf Eichmann, der Organisator der „Endlösung“, zum Tode verurteilt.

Heiner Lichtenstein

Die Mörder von Anne Frank

Der erste große NS-Prozess, der in Lüneburg wegen des Konzentrationslager Bergen-Belsen geführt wurde, war bereits Ende 1945 abgeschlossen. Elf der Angeklagten wurden zum Tod durch den Strang verurteilt und wenige Wochen später hingerichtet.

Im großen Nürnberger Strafverfahren gegen die Spitzen des NS-Regimes waren gerade mal einige Dokumente verlesen worden, da endete vor gut 60 Jahren in Lüneburg bereits der erste große NS-Prozess. Von den 44 angeklagten Männern und Frauen wurden 11 zum Tode verurteilt, 19 erhielten Zuchthausstrafen, die restlichen 14 waren bereits Tags zuvor aus der Haft entlassen worden, standen aber unter Polizeiaufsicht, weil die britischen Militärbehörden sich die Entscheidung über deren Zukunft vorbehalten hatten. Das war am 17. November 1945. Knapp einen Monat später wurden die Urteile im Zuchthaus von Hameln vollstreckt – am 12. Dezember 1945, also vor 60 Jahren. Zu den Todeskandidaten gehörten drei Frauen, unter anderem die Oberaufseherin Irma Giese.

Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide war erst im April 1943 „eingerichtet“ worden. Dort sollten ursprünglich nur Personen eingesperrt werden, die für Deutsche in ausländischem Gewahrsam ausgetauscht werden konnten. Am Ende bestand Bergen-Belsen aus fünf unterschiedlich großen Lagern mit kaum zu schildernden katastrophalen hygienischen Zuständen. Die ersten 500 Gefangenen im „Häftlingslager“ sollten das Lager auf- und ausbauen. Lager Nummer 2 war das „Judenlager“, wo die meisten Gefangenen nur kurze Zeit blieben. Dann wurden sie nach Auschwitz gebracht und sofort im Gas erstickt. Lager Nummer 3 war das „Neutralenlager“. Dort ging es den Häftlingen etwas besser. Schließlich sollten sie irgendwann gegen deutsche Inhaftierte ausgetauscht werden. Im Lager Nummer 4 waren vor allem Juden aus den Niederlanden eingepfercht, unter anderem Anne Frank, die wie viele ihrer Leidensgenossinnen und -genossen die grauenhaften Zustände nicht überlebte. Lager Nummer 5 diente der Unterbringung ungarischer Juden. Deshalb hieß es auch „Ungarnlager“.

Im März 1944 wurde Bergen-Belsen ein KZ wie Dachau, Neuengamme oder Flossenburg, also ein „normales“ KZ, in dem sich kurz vor der Befreiung durch britische Truppen am 15. April Zehntausende von Frauen und Männern drängten. Es war vor allem durch die „Evakuierung“ der Lager Buchenwald und Sachsenhausen heillos überfüllt. Die Gefangenen starben zu Tausenden. Die Leichen blieben überall im Lager einfach liegen. Es herrschte völliges Chaos. Der bestialische Verwesungsgestank drang bis ins nicht weit entfernte Celle. Viele der etwa 60 000 Häftlinge, die bei der Befreiung noch lebten, starben in den folgenden Tagen und Wochen. Die ausgemergelten Körper vertrugen die ungewohnte Nahrung nicht. Weil Seuchen drohten, wurden die Leichen mit Bulldozern in Massengräbern verscharrt. Danach wurde das Lager in Brand gesteckt. Bereits am 10. Oktober 1945, als der Prozess in Lüneburg gerade begonnen hatte, befahl die britische Militärverwaltung, eine Gedenkstätte zu errichten.

Das Strafverfahren gegen die 44 Beschuldigten im Saal eines Männergesangvereins hatte am 17. September begonnen. Die Angeklagten trugen ihre alten SS-Uniformen – selbstverständlich ohne Dienstgrad und Orden. Sie saßen in drei Reihen hintereinander. Auf der Brust hatte jeder ein großes weißes Schild mit einer Nummer. Das war bei so vielen Angeklagten hilfreich. Der letzte Lagerkommandant war Josef Kramer mit der Nummer eins. Drei Tage nach der Verkündung der Urteile, also am 20. November 1945, berichtete der „Neue Hannoversche Kurier“ darüber, wie einige Verurteilte den Schuldspruch aufgenommen haben. „Von Militärpolizisten begleitet, trat die erste Gruppe der Schuldigen in die Anklagebank ... Kaum standen sie an der Brüstung, da rief ihnen der Präsident ihr Urteil zu: Tod durch Strang. Mit bleichen Gesichtern standen sie eine Sekunde da, verzogen keine Miene. Militärpolizisten brauchten sie blitzschnell hinaus ... Totenstille herrschte im Saal, als nun (die weiblichen Angeklagten) herein kamen. Sie hatten die Brüstung der Anklagebank gerade erreicht, da schallte ihnen auch schon die Stimme des Präsidenten entgegen, die ‘Tod durch den Strang’ verkündete … Irma Giese verzog nicht einmal das Gesicht und begann zu gehen.“ Von der Hinrichtung gab es keine öffentlichen Berichte.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Brüder im Geiste

Iran (Teheran) – Europäische und nordamerikanische Revisionisten finden Gefallen an den antisemitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad, der Mitte Dezember den Holocaust einen „Mythos" genannt hatte. In der Internetausgabe der „Tehran Times" vom 25. Dezember wird der Franzose Robert Faurisson mit der Äußerung zitiert, er unterstütze vollständig Ahmadinejads Ansicht, dass es sich beim Holocaust um eine Legende oder einen Mythos handele. Der millionenhafte Mord an Juden während des Zweiten Weltkriegs habe nicht stattgefunden, erklärt der US-Amerikaner Arthur R. Butz. Von der „größten Lüge der Geschichte" spricht Horst Mahler. Der Holocaust sei zu einer „Religion" geworden, klagt der Kanadier Paul Fromm. Wer Zweifel äußere, werde als Häretiker verfolgt. „Sehr vernünftig und gerecht" nennt der Franzose Serge Thion die Forderung des iranischen Präsidenten, den Staat Israel in eine andere Region zu verlegen – im Jargon von Thion bedeutet dies den „transfer of Israel's Jews somewhere else". (ts)

Urteil rechtskräftig

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof bestätigte die lebenslange Haftstrafe gegen Thomas Adolf wegen dreifachen Mordes. Der heute 47-Jährige hatte am 7. Oktober 2003 eine Anwaltsfamilie in Overath bei Köln mit einer Pumpgun getötet. Der ehemalige Söldner hatte Einspruch gegen das Urteil des Landgerichts Köln vom Dezember 2004 eingelegt, das zudem für Adolf eine anschließende Sicherheitsverwahrung angeordnet hatte. Die Bluttat hatte für Aufsehen gesorgt, weil der ehemalige Fremdenlegionär sich offen zum Nationalsozialismus bekannte. In Köln war er zeitweilig mit der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) verbandelt. Er mischte auch bei der neonazistischen Sauerländer Aktionsfront mit. Die 20-jährige Ex-Freundin des Täters, Jennifer D., war vom Kölner Landgericht wegen Beihilfe zum Mord zu einer siebeneinhalb Jahre langen Jugendstrafe verurteilt worden. Sie hatte ihre ursprünglich eingelegte Revision zurückgezogen. (hf)

Neonazis zur NPD

Heringsdorf – Die bekannten mecklenburg-vorpommerschen Neonazis Michael Gielnik, Lutz Giesen und Tino Müller sind Informationen des rechtsextremen „Störtebeker-Netzes" zufolge in die NPD eingetreten. Das Trio, das Kontakte zur Neonazi-Knastvereinigung HNG unterhält, gehört in führender Funktion der Neonazi-Vereinigung „Soziales und Nationales Bündnis Pommern" (SNBP) an. Müller und Gielnik haben zuletzt als freie Kandidaten für die NPD bei der Bundestagswahl kandidiert. Giesen, der in Anwesenheit von Gielnik und Müller beim NPD-Landesparteitag am 6. November 2005 in der Nähe von Bützow einen Dia-Vortrag über die Tätigkeit des SNBP hielt und unter anderem wegen Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestraft ist, ist in der braunen Szene umstritten. Neonazi-Anführer Christian Worch wirft Giesen seit Monaten „versuchten Kameradenbetrug" vor. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de